

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 63.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. — Preis für den Monat in Neuß durch Boten in's Haus gebracht M. 1.00, ansonsten an der Post abgeholt M. 0.90. Die wöchentlich einmal erscheinende illustrierte Kapselbeilage „Kriegsbilder“ wird den Bezählern gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. für den Monat beigegeben.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 35 Pfg., für die viergespaltene Zeile M. 1.20. Anzeigen werden an die Geschäftsstelle bis 6 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncenannahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 40.

Verkaufsstelle: G. H. G. H. G.

(Autorisé par la Consue.)

Postfach-Nummer 41800.

Nr. 16.

Redaktion: Jol. Grunau.

Montag, 13. Januar 1919. (S. 111.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

16. Jahrgang.

Warum?

So fragt sich das deutsche Völkertum mit Recht, muß heute noch immer Blut fließen, da uns ein viereinhalbjähriger Krieg wahrhaftig genug des kostbaren Lebens opfern ließ. Warum fallen in den Straßen Berlins nicht nur feindliche Soldaten, sondern auch deutsche Bürger, sondern warum auch heute noch heute viele unserer tapferen Krieger, die vor dem Feind in allen Ehren bestanden haben, auf fremder Erde verbluten? Die Antwort lautet: Weil die Revolution das Heer zerstückt hat. Die Disziplin des Heeres ist zerstört. Im Osten werden die zurückgeworfenen Truppen durch die Bolschewiken verfolgt; es gibt auf deutscher Seite rote und weiße Verbände. Alle in der Ukraine befindlichen Truppen müssen dort verbleiben; es besteht infolge der allgemeinen Unordnung keine Möglichkeit, sie abzutransportieren. Marodierende Truppen fahren auf den Bahnstrecken ohne jeden Fahrplan. Das ganze Volksmotiv- und Wagenmaterial fällt in die Hände der Polen und Russen. Zehn deutsche Soldaten haben vor der Revolution 1000 russische Bolschewiken im Schach gehalten; nach der Revolution werden 1000 deutsche „sozialistische“ Soldaten durch 5 Polen interniert.

Bis zum 9. November bestand das Heer aus Soldaten, jetzt ist es ein sozialdemokratischer Disziplinlos geworden.

Für all dies vergeblich vergossene Blut, für all diese Schmach ist am

19. Januar Wahltag

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben; auch die Personen des Soldatenstandes. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte entbunden ist.

Wann wird gewählt?

Zur Deutschen National-Verammlung wird am Sonntag, den 19. Januar von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr gewählt. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nur ein Tag gewählt wird. Ueber die Wahl zur Preussischen National-Verammlung, zu der am 26. Januar noch einmal

noch einmal

besonders gewählt werden muß, ergehen noch besondere Mitteilungen.

Wo wird gewählt?

Die einzelnen für die verschiedenen Wahlkreise ausgetheilten Wahllokale sind Samstag in

den Zeitungen bekannt gemacht worden und genau zu beachten.

Wie wird gewählt?

Die Vertrauensperson der Zentrumspartei bringt dem Wahlberechtigten vor der Wahl einen Stimmzettel. Darauf steht als erster von 11 Namen Prof. Dr. Frz. H. G. An dem Stimmzettel darf keine Veränderung vorgenommen werden: nichts streichen, nichts befüllen, nicht etwa den eigenen Namen als Unterschrift druntersetzen, sonst wird er ungültig. Im Wahllokal steht der Wählende diesen Stimmzettel in der sogenannten Wahlzelle, einem abgetrennten Raum, in einem amtlichen Umschlag, den er vorher bekommt, tritt an den Wahlstisch heran, nennt laut seine Adresse und wartet, bis ihm der Umschlag, in dem der Stimmzettel steckt, überreicht wird.

Jeder muß selbst wählen gehen! Nur wer in der Wählerliste steht, darf wählen.

Ungültig sind Stimmzettel:

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder in einem mit einem stempelartigen Verzeichen Umschlag übergeben worden sind,
2. die nicht von weißem Papier sind,
3. die mit einem stempelartigen Verzeichen versehen sind,
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten,
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerbers unversehrt zu erkennen ist,
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten,
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten,
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlichen Bekanntgebungen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Warum muß jede Frau wählen?

Warum, so fragt Dr. Frz. H. G. im „Kürmer“: warum ist es denn so notwendig, daß die Frauen wählen mitwählen? Können sie nicht eben so gut sich ihre Stimme enthalten? Bedenken, die einzigen Wahlrechtsgegnerinnen! Sieht der Tag entfallen bedeutet doch wenigstens: nichts Schädliches tun? Nein und abgemessen nein, ist hierauf zu antworten: Unterlassung bedeutet sehr oft im Leben positive Tat, mehr noch: bedeutet mitunter Sünde, wie ja uns das Wortlein „Unterlassungssünde“ schon verrät. Auf unseren Fall angewandt: Wenn eine große Zahl der Frauen gerade aus bürgerlichen und gebildeten Kreisen sich der Stimme enthält, so gibt sie damit ihre Stimme indirekt für die ganz auf der äußersten Linken stehenden Parteien ab. Ja, wir können es einmal ausdrücken: „Meine Stimme ist Sparsamkeit!“ Und nun der Grund dafür: Die sozialdemokratischen Frauen sind sämtlich durch ihre Parteiorganisation so sehr politisch gefälscht und eingeschult, daß sie sicher alle wählen, und so werden die drei linksstehenden Parteien — die Mehrheitspartei, die Unabhängigen und die Spartakusgruppe — einen außerordentlichen Stimmenzuwachs durch die Frauen erfahren. Somit besteht eine große Gefahr für die gesamte deutsche Bevölkerung vom

kleinsten Mittelstand bis zum äußersten Hochadel die Gefahr, daß sie parteipolitisch zurückgedrängt, übertrumpft wird, indem ihre Frauen sich von der Wahl zurückhalten, während die Frauen der anderen Parteien wirklich jede ihre Stimme in die Waagschale werfen. Erst und nur dann, wenn alle, auch die erstgenannten Frauenkreise, durchdrungen sind von dem obersten Grundsatz: „Wahlrecht ist Wahlpflicht“ und danach handeln: nur und erst dann kann die Nationalversammlung werden, was sie sein soll: Ein in allen Verhältnissen getreues Abbild des deutschen Volkes. Also: Jede muß wählen. Und jede christlich gesinnte Frau, jedes christlich gesinnte Mädchen, ob Hausfrau oder Angestellte, ob Studentin oder Dienstmagd, ob Beamtin oder ohne Beruf, wählt Zentrum.

Stadtnachrichten.

* Neuß, 13. Januar.

* Die Finsternisse des Jahres 1919. Wie im Vorjahre werden auch in diesem Jahre zwei Finsternisse stattfinden. Die erste Sonnenfinsternis wird am 22. Mai, die zweite am 22. November in Erscheinung treten. Die erste wird eine totale, aber in unseren Breiten nicht sichtbar, die zweite eine ringförmige sein. Diese wird teilweise in Deutschland beobachtet werden können und zwar in den Gebieten nördlich der Linie Darmstadt-Darmstadt. Die Mondfinsternis beginnt am Mittwoch des 7. November. Sie ist eine partielle von geringer Ausdehnung und ist auch in Deutschland wahrnehmbar.

* Fischmarkt im Rhein. Durch die Stromregulierungen und den Ausbau der Ufer unserer Flüsse ist der ehemalige Fischmarkt sehr stark in Mitleidenhaft gezogen worden. Man hat wiederholt versucht, diesem allbekannten Liebesort durch neue und wirksame Buchtmethoden entgegenzutreten. Diese Abhilfemaßnahmen hätten auch sicher den gewünschten Erfolg gehabt, wenn nicht die Fischerei durch neue Arten, die Fische zu fangen, geradezu Raubfischerei betrieben, bei der an die Seefang des Fischbestandes nicht zu denken ist. Namentlich ist es das Fischen mit Minnetrommel und darunter nicht mehr durch die Maschinen hindurch können und gleichfalls gefangen werden. Durch diese Art Fischfang werden ganz unmaßstäbliche Verheerungen herbeigeführt, und wenn man die winzigen Tierchen sieht, die oft auf den Markt gebracht werden, kann man sich selbst von der Schädlichkeit dieser Raubfischerei überzeugen. Wenn diesem Liebesort nicht bald abgeholfen wird, dann, so prophezeit die Jagdzeitung „St. Erdenmissionare beiderlei Geschlechts in den einen Delegationen und Ordinarien ohne schriftliche Vollmacht des H. Stuhles irgendwelche neue Missionen, Unternehmungen oder Niederlassungen gründen. Jene Missionen, die schon vor Kriegsausbruch regelrecht bestanden, können ohne Zustimmung des betreffenden apostolischen Delegaten nicht wieder eröffnet werden.

Diese Bestimmungen zielen offenbar darauf hin, Mißbrauch zu vermeiden und zu begrenzen, daß der H. Stuhl nicht den Boden von unzeitmäßigen Unternehmungen verliert, wenn der Zeitpunkt erdient, daß eine neue organische, für die Zukunft der katholischen Kirche im Orient bedeutungsvolle Aktion unternommen werden soll.

Kleines Senileton.

Der Januar.

Der Große nannte den Januar noch Wintermonat, Augustinus nannte ihn den ersten Monat, an die sich eine große Anzahl Wetterprüche anknüpfen, ein Zeichen, daß seinen Wetterverhältnissen großer Einfluß zugeschrieben wird. Alle diese Wettersprüche stimmen darin überein, daß sie Gutes nur von einem kalten, nicht regnerischen, sondern kaltem Januar erwarten: „Januar warm, daß's Gott erbarm.“ „Januar kalt, das heißt“, sagt der Bauer. Wenn im Januar die Frucht auf dem Felde wächst, so wird sie teuer. „Januar muß vor Kälte froden, wenn die Erde gut soll laden“, usw. Regen wirkt nach den Bauernsprüchen schädlich. Im Januar viel Regen ohne Schnee, tut Bauern, Bergen und Tälern weh. „Im Januar wenig Wasser, viel Wein; viel Wasser, wenig Wein.“ Immer noch — bleibt leer das Fass. Auch auf den Gesundheitszustand hat

Gubertus“, werden die Rheinische aber kurz oder lang der Vergangenheit angehören. Es bleibt nur unverändert, wie die Behörden solche Räuber reißen können. Vielleicht war es ein Fehlgriff, daß die Verwaltung des Rheinrombundes die meisten Fischereigerechtsame an holländische Großunternehmer verpachtete; keinesfalls darf sie aber untätig zusehen, wenn der ganze Fischbestand des Rheins vernichtet wird.

Provinznachrichten.

* Elegen, 8. Jan. Eine kurze Geldentlastung hat jenen „Matrosen“ beschieden, der als Vorkämpfer der Revolution in Siegen austrat. Er kam seinerzeit dort an mit einem Ausweis des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates, verlangte, daß alle Behörden sich seinen Anordnungen fügen, ordnete als erste Regierungsmaßnahme die Festnahme des Gerichtsgefängnisses an und gab die Schwerverbrecher der von ihnen heiß ersehnten Freiheit wieder. Seine andern Regierungsakten waren aber nicht von derselben Selbstlosigkeit diktiert. Er versuchte für 6-70 Leute Lebensmittel zu requirieren, um sie dann für sich zu verwerten; weiterhin machte er sich der Unkundenfalschung und des Betruges verdächtig. Als sich dann noch gar herausstellte, daß er gar nicht Matrose, sondern Deserteur des 88. Infanterie-Regiments sei, entschloß man sich, den „Bringer der neuen Zeit“ hinter denselben Gittern festzusetzen, die er seinen Kollegen so lebenswichtig geöffnet hatte. Undank ist eben der Welt Lohn!

* Kagen, 6. Jan. Im hiesigen Rathaus fand durch den französischen General Tantot ein feierlicher Empfang der hiesigen Behörden statt. Zunächst wurden der Oberbürgermeister, Beigeordnete und Stadtverordnete, sowie Vertreter der Geistlichkeit der verschiedenen Konfessionen empfangen. Diesen folgten der Regierungspräsident, dann der Landrat und die Kreisbehörden, Vertreter von Handel und Industrie usw. In einer Ansprache bemerkte, laut „Echo“, General Tantot, die Militärbehörden hätten folglich nach ihrer Ankunft gemäß den Vorschriften der Obersten Heeresleitung um die wirtschaftliche Lage und die unzureichende Lebensmittelversorgung sich bekümmert. Die Besserung der Lage des besetzten Gebietes im allgemeinen wurde einer der Zwecke ihrer Tätigkeit. Die Wiederherstellung der holländischen Grenze wird das Wiederherstellen des Verkehrs beschleunigen. Andere günstige Entscheidungen sind in kurzem noch zu erwarten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß die Haltung der Beamten und der Einwohner korrekt war. Jeder hat verstanden, daß die Handlungsart der Verbündeten im besetzten Gebiete durch das Verhalten der Bewohner zu unseren Truppen beeinflusst wird. Der Wahlschlachtfeld ist eröffnet. Unseren Grundbesitz, gemäß wird er in Freiheit sich entwickeln, wenn die Ordnung aufrecht erhalten wird. Keine Propaganda zugunsten der Anarchie wird geduldet. In Frankfurt

Frühjahrserwartungen. Wenn der Januar viel Regen bringt, werden die Gottesacker gedüngt.

Seinen Ende des Monats beginnt es, sich im heimischen Pflanzen- und Tierreich zu regen, wie die Sprüche lauten: „An Fabian und Sebastian (20. Januar) soll der Saft in die Bäume gahn.“ „Wenn Agnes und Vincenz kommen (21.) wird neuer Saft im Baum vernommen.“ Pauli Befehl (25.): „Gans, gib dein Ei her!“ „An Pauli Befehl verläßt der Dachs seine Höhle“, usw. Freilich kündigt eine Regel das Gegenteil: „An Fabian und Sebastian fängt der rechte Winter an.“

Die Natur liegt zwar noch im Winterhafte; für den denkenden und aufmerksamen Gartenbesitzer gibt es aber mancherlei zu tun, was im Laufe des Jahres nützlich sein wird. Es ist Zeit, betreffs der Gartenbestellung einen Plan zu machen und die nötigen Samenarten auszuwählen resp. zu bestellen. Besonders ist in diesem Jahre besonders wichtig, da infolge Vermehrung der bedauerlichen Grundstücke und wegen der hohen Gemarkungspreise die Samenhandlungen vorwiegend auf den gemeinsamen Markt in Anspruch genommen werden. Man wende sich beim Kauf nur an zuverlässige Geschäfte und bestelle möglichst frühzeitig. Von gefundenen Obstbäumen werden im Laufe des Monats die nötigen Gelfreier mit scharfen Messer geschnitten, und zwar die im letzten Sommer gewachsenen Reize, um Seitentrieben. Die Reizer werden zur Hälfte in die Erde eingegraben, aber nicht liegend, sondern stehend. Stedknoten von Sträuchern, wie z. B. von Johannis- und Stachelbeeren können ebenfalls behandelt werden. Selbstverständlich darf der Obst in welchen man die Reizer einschneidet, nicht den Sonnenstrahlen ausgesetzt sein. Zur Ausfaat Schwarzwurzel und Möhren ausgesät werden. Die Komposthaufen werden fleißig umgedreht und mit Stallunterstreu bedeckt. Die Fertigstellung der Weinbockelbäume ist voranzutreiben.

Kirchliches.

Neue Verfügungen des Heiligen Stuhles für die Missionen im Orient.

* Basel, 6. Jan. In der Hoffnung baldiger Rückkehr normaler Zeiten in der Türkei und in den kleinasiatischen Gebieten wird die Aufmerksamkeit des H. Stuhles auf die Lösung schwerwiegender Probleme gelenkt. Das ganze prächtige, in jenen Ländern durch den Eifer der Missionare und Ordensleute gegründete Werk katholischer Tätigkeit und Organisation soll wieder in Gang gebracht und da der Krieg beendet, weiter ausgedehnt werden, zumal die bedeutenden, durch den russischen Zusammenbruch hervorgerufenen Umwälzungen des politischen Orients die Hoffnung auf eine weitumfassende und ergiebige katholische Propaganda erstarren lassen.

Aber das zu unternehmende Werk ist ein zu ausgedehntes und heikles, als daß es gleich in seinem ganzen Umlange unternommen und in die Wege geleitet werden könnte. Wir werden es zunächst mit einer Ubergangsperiode zu tun haben, die der künftigen Reorganisation des religiösen Lebens im Orient vorbereiten soll, um so mehr als diese Reorganisation, die sich die Erfahrung der Vergangenheit und der Kriegszeit zunutzen macht, Inspiration und Leitung von der eigens zu diesem Zweck geschaffenen neuen Kongregation für die orientalischen Kirchen erhalten wird. In Zukunft wird man also, besser wie es bisher geschehen ist, für Ausübung des Kultus und der religiösen Propaganda im Orient jenen örtlichen Bischöfen und jenen historischen Formen Rechnung tragen, deren Vorsein und Berechtigung in der kaiserlichen Gewohnheit der religiösen Praxis liegt.

Für die Ubergangsperiode gilt nun, wie man der „Italia“ entnehmen kann, hauptsächlich ein neues Mittel, das armenisch-lateinische von der Romorga-

nation für die orientalischen Kirchen und von der Propaganda veröffentlicht wurde. In Erwartung der Verfügungen, die der H. Stuhl anlässlich der Missionen in den Gebieten der Apostolischen Delegationen in Konstantinopel, Ägypten, Melopositanien, Persien, Syrien erteilen wird, und angesichts der früheren Dekreten und Anweisungen über die Ausübung von Missionaren und Eröffnung von Missionen lateinischen Ritus in den orientalischen Gebieten, auf daß die Tätigkeiten des geistlichen Amtes durch zweckmäßige und eifrige Mitwirkung lateinischer Missionare wieder aufblühe, und um die nötige und reguläre Neuordnung solcher Missionen in die Wege zu leiten, lenken die beiden genannten römischen Kongregationen die Aufmerksamkeit aller Oberen von Ordensgemeinschaften und religiösen Instituten auf verschiedene wichtige Verfügungen.

So ist es beispielsweise nicht mehr gestattet, in die oben erwähnten Gebiete der Apostolischen Delegation irgendwelche Ordensmänner oder Ordensfrauen, für welche Zwecke es auch sein möge, ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis der Kongregation der Propaganda zu entsenden. Die vor Kriegsausbruch den Missionen erteilte Erlaubnis wird nicht widerrufen, insofern sind die betreffenden Oberen verpflichtet, dem H. Stuhl die Namen jener Missionare aufzugeben, die sich schon in den Missionen befinden und dahin zurückzuführen gedenken.

Eine andere Verfügung befragt: Die apostolischen Delegaten und die lateinischen oder orientalischen Bischöfe gestalten im Gebiete ihrer eigenen Delegationen und Ordinariate keine Feier der hl. Messe oder die Ausübung irgendwelchen Amtes des lateinischen Ordensleuten, die nicht mit schriftlichen, seitens des H. Stuhles vorgeschriebenen Erlaubnissen versehen sind. Ohne einen solchen Erlaubnis ist es ihnen nicht gestattet, jemandem anderes Amt auszuüben, noch können

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Erstausgabe Nr. 62

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Erstausgabe Nr. 62

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. — Preis für den Monat in Neuß durch Boten ins Haus gebracht M. 1.00, auswärts an der Post abgeholt M. 0.90. Die wöchentlich einmal erscheinende illustrierte Kuppelstempel-Beilage „Kriegsbilder“ wird den Bezählern gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. für den Monat beigegeben.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Leserkreis unsere Blätter die beste Wirkung. Preis für die neu eingeleitete Seite ober deren Raum 30 Pfg. außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 35 Pfg., für die vierspaltige Beilage M. 1.20. Anzeigen erheben an die Geschäftsstelle bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Anzeigenannahme durch alle bewährten Anzeigen-Expeditionen. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Verlag: Bank-Giro-Konto.

(Autorisé par la Censure.)

Postfach-Konto Nr. 41906.

Nr. 17.

Redaktion: Jol. Grunau.

Montag, 13. Januar 1919. (S. 1919.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

46. Jahrgang.

Hoffmanns Schülerlasse.

Ein Jurist schreibt der R. Vzg.: Ein Bravo dem katholischen Lehrerverein, der sich so wacker erhoben und sich weigert, die Hand zur Ausführung der famosen Erlasse des großen Bildungs-Ministers zur Entchristlichung der Schule zu bieten. Doppelt Bravo den wackeren katholischen und evangelischen Lehrern und Lehrerinnen von Neuß, die mit kräftiger Sprache dem Ansinne Hoffmanns entgegengetreten und erklären, daß sie nach wie vor Gebet und Religion in der Schule erhalten wollen und werden. Ein faches Bravo den mutigen Lehrern des Gymnasiums die die Hoffmannschen Erlasse zur Entchristlichung der Schule als ungeheuerlich bezeichnen und erklären, daß sie sich nicht bestimmen lassen würden, diesen Erlassen in ihren Schulen Folge zu geben. Es gibt doch noch charakterliche Menschen in dieser so überaus trübten Zeit. Gerade diesen Lehrern und Lehrerinnen ist dieses überaus mutige Auftreten doppelt hoch anzurechnen, da sie, die doch an irdischen Gütern nicht reich zu sein pflegen, sich sagen müssen, daß sie Stellung und Gehalt auf Spiel setzen können. Ein herrliches Beispiel für das ganze christliche Volk, katholisch und evangelisch.

Es muß aber auch erwartet und verlangt werden, daß dieses ganze katholische und evangelische gläubige Volk wie ein Mann in geschlossenem Reiche sich hinter diese mutigen Vorkämpfer für christlichen Glauben und christliche Sitten stellt und dadurch diesen Erlässen und dieser Tat eine Grundlage gibt, an der alle Bestrebungen dieser Regierung abprallen. Diese mannhaften wirkungsvollen Erlässungen wiegen mehr als die besten und längsten Ausführungen über die Notwendigkeit der Gründung von Vereinen zum Schutz der christlichen Schule und der Freiheit, unleser Kindern das heiligste Gut, die Religion, zu erhalten. Also auf, katholische und evangelische Eltern! Trete zusammen allüberall und erhebe energigsten Widerspruch gegen den Angriff auf eure Freiheit, eure Kinder in christlicher Religion zu lassen. Die Erlasse sind ohne Zweifel ungeheuerlich. Die Proteste müssen zu Hunderten, zu Tausenden kommen, der Regierung muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß das christliche Volk sich das nicht bieten läßt.

Der zweite Minister für Bildung, Hänisch, hat selbst auf diesen Weg hingewiesen, wenn derselbe in seiner letzten Verankerung die Erlasse zwar nicht aufgehoben, aber bestimmt hat, daß dieselben da nicht durchgeführt werden sollen, wo sie auf „ernsten Widerstand“ stoßen, allerdings nur vorläufig bis zur Nationalversammlung. Aufgehoben sind die Erlasse nicht. Man hofft offenbar, daß das christliche Volk sich dabei beruhigen, sich einschleichen lassen werde, und will und wird zu gelegener Zeit die Durchführung um so energischer verlangen und betreiben. Stimmenlang für die Wahlen zur Nationalversammlung! Hoffmann hat offenbar in seinem Fanatismus die Frage zu früh aus dem Saal gelassen, und es mußte, nachdem Hoffmann das Gift verstreut hatte, Hänisch schleunigst, wie immer, eine Verhüttungsschleife ausgeben. Es laßt sich niemand täuschen; das Ziel ist bei allen das gleiche: es ist die Erfüllung, die Durchführung des Programms der Sozialdemokratie, nur sind die einen vielleicht vorfichtiger als die anderen. Es ist derselbe Geist, derselbe Faden, nur eine andere Nummer.

Es ist auch gar kein Zweifel, daß Hoffmann seine Erlasse mit Wissen und Willen seines Ministerkollegen Hänisch ablassen läßt, und wenn dann sich Widerspruch erhebt, springt Hänisch in die Bresche und erläßt einen schon im voraus bereitgestellten Rückzugserlass. Die ganze gegenwärtige Regierung hat dasselbe Ziel, man war aber überzeugt, daß kein anderer als der durch seine grynischen und oft blasphemischen enthaltenden Reden als Abgeordneter bekannte Hoffmann den Ansturm gegen die christliche Schule offener und energischer unternehmen werde. Man hat wohl auch geglaubt, daß christliche Volk sei durch die Einwirkung der traurigen Ereignisse müde und matt und werde alles ruhig über sich ergehen lassen. Nun, da man sieht, daß man sich darin geirrt hat, zieht man sich etwas zurück, aber nur, um zu anderer gelegener Zeit um so schärfer zuzuschlagen. Dieser

Wahlrechtspruch.

Erst viele tausend aneinandergefügte Steine bilden ein Gebäude. Schon ein fehlender Stein stört die Geschlossenheit, mehrere mangelnde Steine können den Zusammenbruch des Gebäudes bewirken. Darum, Frauen, alle, wachet zur Nationalversammlung! Jede fehlende Stimme ist ein mangelnder Stein!

Milch Steger, Bildhauerin.

Zentrumspartei (christliche Volkspartei).

Die Kandidatenliste für die am 19. Januar zu tätigen Nationalratswahlen lautet wie folgt:

1. Prof. Dr. Frz. Gitz-Münster.
2. Verbandsvorsitzender Frz. Wieber-Duisburg.
3. Frz. Hedwig Bransfeld-Werl i. W.
4. Justizrat Dr. Johannes Well-Giesen.
5. Schriftleiter Jos. Foos-M. Gladbach.
6. Fritz Kensing, Landwirt, Hülthum.
7. Fabrikant Theodor Bergmann-Gleve.
8. Schreinermeister Joh. Sanders-Duisburg.
9. Gewerkschaftssekretär Christian Steger-Oberhausen.
10. Arbeitersekretär Wilhelm Kliever-Krefeld.
11. Frz. Oberlehrerin Margarete Gachmeyer-Krefeld.

Keinerlei Nennungen vornehmen! Keine neuen Namen hinzufügen! Jeder Name, auch der von anderer Liste übernommen wird, macht den Wahlscheitlung ungültig!

gelegener Zeitpunkt darf und wird nicht kommen. Man lasse sich nicht täuschen. Das christliche Volk, die katholischen und evangelischen Eltern haben es selbst in der Hand, dafür zu sorgen, daß die angeordnete Gewalt nicht zu einer dauernden wird. In sie ergeht der Ruf: Christliches Volk, wahre deine heiligen Güter!

Wir haben die großen Frauenvereine mit ihren zahlreichen Ortsgruppen, die Männervereine, die alle die Forderung für die Jugend zum Ziele und Zweck haben, die Müttervereine, die ganz besonders die religiöse Erziehung der Kinder als ihre Aufgabe ansehen; sie alle müssen sofort auf den Plan treten und Proteste beschließen und abgeben. Daneben müssen öffentliche Versammlungen von Eltern veranstaltet werden, damit auch diejenigen Väter und Mütter, welche nicht schon in den Vereinen ihre Stimme erhoben haben, in den Kreis der Protestierenden gezogen werden. Alle diese Proteste müssen aber auch möglichst durch die Tagesblätter veröffentlicht werden, damit sie allgemein bekannt und auch den fernstehenden zum Bewußtsein gebracht werden, daß es dem christlichen Volk ernst ist und daß es sich dasjenige, was ihm das Gesetz zusichert, nicht rauben lassen will. Der christliche Charakter der Schule muß erhalten werden und wird erhalten werden, wenn jeder seine Pflicht erkennt und tut und zwar jetzt sofort durch Erhebung von Protest und demnach mit dem Stimmzettel zur Nationalversammlung.

Das süddeutsche Ultimatum.

Die Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben zum Schluss der vorigen Woche in Stuttgart sich geeinigt auf drei Forderungen, die auch in Norddeutschland lebhaft Zustimmung finden werden. Ihr Ziel ist die Erhaltung der Reichseinheit, der Ordnung und des Friedens. Von einem Ultimatum kann man insofern sprechen, als die süddeutschen Regierungen keinen Zweifel daran lassen, daß Süddeutschland seine eigenen Wege gehen muß und gehen wird, wenn die Reichsregierung sich nicht zu einer vernünftigen Politik aufschwüngt.

Es handelt sich um folgende Punkte:

1. Neueinrichtung des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage.

Der Ton liegt auf den letzten Worten. Die Süddeutschen erheben Einspruch dagegen, daß die Reichsleitung ausschließlich von den Berlinern in Beschlag genommen und die Beteiligung der anderen Reichsteile vollständig ausgeschaltet worden ist. In der Tat bildet die Berliner Wirtschaft, die ebenso rechtswidrig als sachlich verfehlt ist, die größte Gefahr für die nationale Einheit. Bei der jüngsten Umgestaltung der sogenannten Reichsregierung hätte man sehr wohl den Bundesstaaten entgegenkommen können, wenn man auf die drei leergebliebenen Ministerplätze zwei oder wenigstens einen Süddeutschen berufen hätte. Statt dessen ist nur Kiel berücksichtigt worden; die Berufung eines Schlesiens hat man nach der Ablehnung eines Vorschlags fallen lassen; Westdeutschland ist unberücksichtigt geblieben, und das ganze Süddeutschland ebenfalls vollständig vergessen worden. Auch die Umgestaltung der Regierung war wieder allzu berlinerisch.

Die süddeutschen Regierungen fordern aber mit Recht noch etwas mehr, als den einen oder anderen Sitz im Rat der Volksbeauftragten. Sie wollen einen Ersatz für den ehemaligen Bundesrat, ein bundesstaatliches Organ, das zur Mitbestimmung in Gesetzgebung und Verwaltung berufen ist. Die Nationalversammlung wird zweifellos ein solches Organ schaffen, und das ist ein großer Schritt.

der einzelnen Bundesstaaten, neben den künftigen Reichstagen stellen. Es trägt sich nur, ob nicht schon jetzt ein provisorischer Bundesrat dieser Art zur Mitwirkung an der Reichsleitung berufen werden könnte. Die legale Grundlage würde freilich noch fehlen; aber man würde doch den guten Willen der neuen Regierung gegenüber den Bundesgenossen im Reich erkennen, und die fragliche Körperlichkeit wäre auch ein Hilfsmittel im Kampf gegen die gegenwärtigen Kräfte. Aber hat man in Berlin den Mut zu einem solchen Schritte?

2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung.

Darin liegt die leider nur zu berechtigte Anklage, daß die bisherige Reichsleitung nicht aktionsfähig sei und für die gefährliche Tätigkeit der Nationalversammlung noch keine Sicherheit geschaffen ist. Eine erste Maßnahme in letzter Stunde an Ebert und Genossen, daß sie endlich von der Macht, die ihnen zugesprochen ist, den zweckmäßigen Gebrauch machen, die Erweiterung der Regierung tut es allein noch nicht; es muß auch für die Zusammenfassung der Macht in einer leitenden Hand und die Vereinfachung einer gesunden Sicherheits- und Ordnungstruppe für die Abwehr aller Empörer und Verräter gesorgt werden.

Sehr wichtig ist die weitere Forderung:

3. Schleunigste Herbeiführung des Friedens für das deutsche Reich.

Das klingt wie eine selbstverständliche Aufgabe, aber die Sache ist jetzt besonders aktuell. Zum Friedensschluß brauchen wir einerseits eine legale von den Gegnern anerkannte Regierung, die uns nur die Nationalversammlung schaffen kann, und andererseits die Niederhaltung der Spartakusleute und ihres toten Anhangs, die uns erklärermäßen in einen neuen Krieg an der Seite der russischen Bolschewisten führen wollen. Auf den jüngsten Spartakuskongress in Berlin ist diese Absicht, den Friedensschluß zu verhindern und das deutsche Volk neuerdings an die Schatzkammer der Weltrevolution zu führen, ungeheuer zu Tage getreten. Die Süddeutschen wollen diesen Akt ins Verderben natürlich nicht mitmachen; die Westdeutschen bedanken sich ebenfalls. Wenn die Spartakusbanden in Berlin die Ordnung gewinnen, so ist der Zerfall des Reiches unvermeidlich und ein ersitzender Friedensschluß für das Gesamtdeutschland unmöglich.

Es ist gut, daß auch die bayerische Regierung, die sonst so viele Seitenhiebe macht, sich dem Stuttgarter Ultimatum angeschlossen hat. Möchte dieser Appell nicht die sogenannte Regierung in Berlin aus ihrer Mut- und Willkürselbstsuche aufschrecken! Auf jeden Fall werden die Wähler aus dem süddeutschen Volkstempel einen neuen Antriebs nehmen, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Schaffung einer Nationalversammlung, die tüchtig genug ist, um sowohl den Frieden nach außen, als auch die Einheit und Ordnung im Innern zu retten.

Es handelt sich darum, ob das deutsche Volk als solches fortbestehen oder als Annonenfutter für den Bolschewismus untergehen soll.

Raum die Hälfte des Notwendigen!

In einer Sonderkündigung beschloß sich am 5. Januar der Allgemeine Kärztliche Verein Köln mit der Frage der Nahrungsmitteleinlieferung und des allgemeinen Gesundheitszustandes der Kölner Bevölkerung. Nach Berichten mehrerer Ärzte und zahlreicher Kärztinnen von Praktikern wurde folgende Entscheidung angenommen:

Völferung sind durch die ungenügende Ernährung der letzten Jahre auf das äußerste gefährdet. Die zurzeit noch zur Verfügung stehende Nahrungsmenge beträgt für alle Alters- und Berufsstände kaum die Hälfte des Notwendigen. Dieser dauernde Nahrungsmangel ist die Ursache für steigende Erkrankungsziffern, manches chronischen Siechens, zahlreicher Todesfälle. Besonders bedauernd ist die ungenügende Ernährung unserer Kranken und Konvaleszenten, die auch in den Hospitälern leider nicht den billigen Anforderungen entsprechen kann. Die Kärztenschaft Köln hält sich demgegenüber verpflichtet, als Anwalt ihrer Kranken und ihrer gefährdeten Mitmenschen die Öffentlichkeit und namentlich die maßgebenden Stellen auf den betrieblenden Stand der Volksgesundheit aufmerksam zu machen.

Den Vorträgen, die sich auf ein umfassendes statistisches Material stützen, ist u. a. zu entnehmen, daß weite Schichten der Bevölkerung unter einer zum Teil hochgradigen Unterernährung leiden. Demgemäß hat auch die Sterblichkeit ganz beträchtlich zugenommen. Sie ist beispielsweise bei der weiblichen Bevölkerung von 12.87 auf Tausend im Jahre 1914 auf 15.03 im Jahre 1918 gestiegen. Der Tuberkulose erlagen im Jahre 1918 nicht weniger als 1800 (1) Personen gegenüber 738 im Jahre 1913. Auch das frühe Kindesalter und namentlich das Greisenalter sind an der Zunahme der Sterblichkeit erheblich beteiligt.

Von der Waffenstillstandskommission.

Am Berlin 9. Jan. (Antik). Dem ausführlichen Bericht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa über die Vollziehung am 7. Januar ist nachfolgendes zu entnehmen:

Auf eine deutsche Anfrage erwiderten die Alliierten: An eine Verdrängung der Grenzlinie werde nicht gedacht. Zurzeit werde ein Entwurf über die Regelung des Verkehrs in den besetzten Gebieten gearbeitet. Die französische Regierung läßt mitteilen, daß sie dem deutschen Vorschlag zustimme, die Schalter der in Belgien und in Frankreich tätigen deutschen Beamten vorläufigweise zu halten. Der Vorstehende der deutschen Kommission gibt in einer Note bekannt, daß die volle Abgabe des Eisenbahnmateriells durch die Polen unmöglich gemacht werde, welche die Abfahrt vieler in der Provinz Polen bereitstehenden Eisenbahnwagen verhindern. Hierzu erklärte der französische Vorstehende, die Alliierten würden die Angelegenheit prüfen. Die deutsche Waffenstillstandskommission stellte fest, daß die Abgabe der Weinwerter, Frägenzeuge und Maschinenwerkzeuge im wesentlichen beendet, dagegen die Ablieferung der Geschütze noch nicht durchgeführt sei. Da die Alliierten aber die Abgabe von Material erbeutet hätten und der mit der Abgabe verbundene Zweck fast erreicht sei, fragt sie an, ob nicht die älteren Geschütze, deren Anrechnung von den Alliierten verweigert wurde, nun doch angedreht und die weiteren Lieferungen eingeschränkt oder ganz auf sie verzichtet werden könne. Entscherte wird sofort erachtet, die durch die Engländer angeordnete zwangsweise Ausweisung aller deutschen Zivilpersonen aus dem Ruhrgebiet rückgängig zu machen. Mehrere tausend während des Krieges in der Nähe von Krefeld angesessenen Bergarbeiter sollen mit ihren Familien vom Verband ausreisen werden. Die deutsche Kommission fordert sofortige Aufhebung dieser Verfügung. Auf Grund der Nachricht, die französische Regierung habe die Beschlagnahme des Vermögens der in Elsaß-Lothringen wohnenden Personen nicht erschloßener Abstammung angeordnet, bittet der Vorstehende der deutschen Kommission um Auskunft, ob diese Maßnahme den Tatsachen entspreche und fragt zugleich an, ob und wann den bisher Ausgewiesenen die Gelegenheit gegeben werde, ihre materiellen Angelegenheiten in Elsaß-Lothringen zu regeln.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Das große Tollhaus an der Spree.

Berlin am Freitag.

• Berlin, 11. Jan. In Berlin sind die gestrigen Schiebereien während der ganzen Nacht fortgesetzt worden. Dagegen ist vor dem Reichstag eine von beiden Parteien vereinbarte Waffenruhe eingetreten, um den dortigen Gimmelnern Gelegenheit zu geben, sich zu verproviantieren. Diefelbe begann abends um 8 Uhr und kann mit größtmöglicher Räumungsschritt aufgehoben werden. Der Kampf um den Vorwärts scheint dagegen wieder aufgenommen worden zu sein. Die Entfesselung des Gebäudes haben die Potsdamer Regimenter in Angriff genommen. Der feines Antes entlegte Berlin

Anhängern in eine Brauerei in der Prenzlauer Allee zurückgezogen. Dort sollen sich auch Liebknecht und Kasper befinden, umgeben von einer starken Streitmacht. Die Regierung hat Flugblätter verteilt, in denen sie die Minderheiten der Unabhängigen kennzeichnet und die Frage verneint, ob eine Verständigung mit den Unabhängigen überhaupt denkbar sei. Die den Unabhängigen angehörenden Arbeiterräte Groß-Berlins haben beschlossen, die Arbeit zunächst nicht wieder aufzunehmen, sondern den Streik aufrechtzuerhalten. Der Straßenbahnverkehr ist heute morgen normal, jedoch ist der Stadtbahnverkehr unterbrochen. Der Fernverkehr ist teilweise ganz unterbrochen. Wer heute morgen zu seiner Arbeit fuhr, konnte an verschiedenen Stellen der Stadt Warteschlangen wahrnehmen, die auf nächtliche Kämpfe deuteten. An den Brennpunkten des Verkehrs wurden auf den Dächern Soldaten bemerkt, die das Straßensbild beobachteten. Die unehelichen Zustände in Berlin gegenüber dem nunmehr selbst den Unentwegten auf die Nerven, wie das Telegramm Gismers an die Reichsleitung beweist. Ein ähnliches Telegramm haben die sächsischen Minister Reichner, Geier und Vippinck an Oberl. Gismers. Sie fordern zur Vermeidung weiterer Blutvergießens den sofortigen Eintritt in Verhandlungen zur Beilegung des Bruderkrieges.

„Bis sie niedergemacht sind.“

Dem Vertreter der Tel.-Union hat der Kommandant der Stellung „Massehaus“ auf die Frage, wie lange dieser Zustand dauern solle, erklärt, daß er und seine Leute die Zeitungsdrucker so lange festhalten werden, bis sie entweder niedergemacht seien, oder aber die Regierung Oberl.-Gismers verschwinden würde.

Verdächtige Gäste.

Zur Charakteristik des Berliner Straßensbildes sei angeführt, daß man seit einiger Zeit viele Massen sieht, die durch ihre Tracht und ihren Schmuck auffallen. Darunter gibt es nicht wenige Leute in Kasians und so zerlumpter Kleidung, wie man in ganz Deutschland nicht mehr zu sehen bekommt. Meist tragen sie ein Bündel mit ihren Habseligkeiten unter dem Arm. Wie sind sie hierher gekommen? Sind es Flüchtlinge oder Bolschewiken? Wer weiß es? — Ueberhaupt findet, so weit es der stark verminderte Bahnverkehr zuläßt, an jeder Ab- und Zufahrt der Bevölkerung statt. Viele Bewohner verlassen geängstigt die Hauptstadt, da sie Verurteilung befürchten, während dafür desto mehr „latente Existenzen“ hereinströmen. Wer weiß, was für aufregende Ereignisse den Berlinern noch bevorstehen!

„Nun ist es genug.“

Die Marine gegen die Regierung. 13. Jan. Berlin, 10. Jan. Der Zentralrat der Marine veröffentlicht folgendes Flugblatt an alle Soldaten und an die Reichsregierung: „Nun ist es genug! Mit diesem Flugblatt sehen wir die Führer der Mehrheitsparteien und des Bürgerarms im Kampf gegen das Klassenbewußtsein. Proletariat aufstehen! Täglich, stündlich dringt zu uns die Kunde von neuen Opfern schwerer blutiger Kämpfe. Eine große, uneheliche Liebe hat sich über die Hauptstadt ausgegossen. Die Bourgeoisie triumphiert (!), und das Proletariat blutet wie nur je. Jetzt ist es genug! Erkennt die Zustände! Seht die Schmach! Reist euch empor aus den Kellern, die die Vögel um euch schlingt! Sozialdemokraten macht Sozialdemokraten vereint euch! Ein Schrei nach Rettung geht durch das Volk, ein Schrei nach Befreiung seiner Lebenslage. Was ist bisher geschehen? Wir fragen, fragen! Was geschieht. Nur eins geschieht: Ein ungeheures Massenmorden. Wer einen Degen ist und Liebe hat zum Volk, kann immer sich auf rohe Gewalt stützen. Genossen, Schelbemann, Gert, Roste, Landsberg, Eichhorn, habt ihr das Volk noch lieb, habt ihr es je geliebt? So hört unsere Stimmeln! Macht anderen Männern Wahl! Richt nicht Härte und Einsinn des Verlangens! Nichts! Das Blut des Volkes ist kostbarer als euer Ego. Die Einigkeit der Masse des Volkes ist oberstes Gesetz.“

Berlins Befreiung.

Berlin, 11. Jan. Samstagabend gegen 5 Uhr stießen in nicht als einständigen Vorbeimarsch starke Truppen Artillerie und Infanterie in die westlichen Vororte ein. Die Truppen sangen vaterländische Lieder, führten schwarzweißrote Fahnen und wurden von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Es waren Truppen mit Disziplin unter Leitung ihrer Offiziere, die ihre Abzeichen trugen, welche von ihren Mannschaften begrüßt wurden, die den Vorwärts gestärkt haben und damit Breche legten in die bolschewistische Prekariatigkeit. Truppen mit Disziplin haben an allen wichtigen Punkten Berlins die Wachen an Stelle der unzuverlässigen Sicherheitswehr übernommen. Die beflaggten Spartakuswerber können diesen Truppen nichts mehr anhaben; wo sie sich zeigen, werden sie verprügelt und verhaftet.

Die Vorwärtsfestung genommen.

11. Jan. Das Vorwärtsgebäude wurde gegen 11 Uhr vormittags zerstört, nachdem die Vorderfront stark demoliert war. Die Balkone des Vordergebäudes sind vollständig weggeschossen, das Hintergebäude, in dem sich die Drucker des Vorwärts befinden, brennt. Es sind mehrere hundert Mann Besatzungstruppen des Vorwärts ohne Waffen abgeführt worden. Gedächtnisverluste sind, daß sich unter den Verhafteten auch Kola Duxenburg befindet. Die Straßen zum Vorwärtsgebäude sind abgesperrt. Das Publikum versucht, auf die Befragungen einzudringen, wurde jedoch von den Regierungstruppen zurückgedrängt.

Blutige Kämpfe in Düsseldorf.

Düsseldorf, 11. Jan. Das war ein richtiger Kampf. Die Polizei hat die Arbeiter in der

Abend in Düsseldorf. Mäßige Kundgebungen auf den Straßen und stundenlange Schießereien! Die Deutsche demokratische Partei und die Mehrheitsparteien hatten auf den Nachmittag ihre Anhänger zu Versammlungen auf den Schadowplatz und den Hindenburgwall gerufen. Alle industriellen Werke ruhten. Der ganze Mittelstand und die Arbeiter schloßen sich zu den breiten Straßen und großen Plätzen der inneren Stadt. Auch die Unabhängigen und die Kommunistische Partei brachten möglichst alle ihre Anhänger auf die Beine, und das Sicherheitsregiment, das nach der Erklärung des Vollzugsausschusses aufgelöst sein soll, dessen Angehörige aber ihre Waffen behalten hatten, beteiligte sich mit einzelnen Trupps in der ganzen inneren Stadt. Auf dem Schadowplatz sprachen die Kandidaten der Demokratischen Partei für die Nationalversammlung Dr. Brandt und Arbeitersekretär Erelsen, zu den Massen. Der Grundgedanke der Rede war: Das Bürgerium läßt sich dieses Treiben der Unabhängigen und der Spartakusleute nicht mehr gefallen, und wird jetzt diesen Leuten die geballte Faust zeigen. In gewaltigen Zügen bewegten sich dann die Kundgebungen aus dem Bürgerium und der gemäßigten Arbeiterwelt über die Straßen und Plätze der Stadt. Es waren Zehntausende und Aberzehntausende Teilnehmer bei dieser gewaltigen Kundgebung. Die Düsseldorf und der Niederrhein je gesehen haben. Männer marschierten mit ungelassenen Frauen u. Mädchen. Tausende trugen die Fahnen: „Friede und Brot!“, „Friede und Arbeit“, „Nieder mit dem Spartakus!“, „Nieder mit Liebknecht!“. Eisenbahner marschierten hinter einer Tafel: „Gänge weg von der Eisenbahn!“. An einigen Straßenkreuzungen und auf den größeren Plätzen standen Gruppen des kommunistischen Sicherheitsregiments und Spartakisten. Bald kam es zu Zusammenstößen. Die Spartakisten versuchten mit laufenden Kräftigen die Menge zu durchbrechen. Da und dort kam es zum Handgemenge und bald fielen Schüsse, und von da und dort vernahm man das rollende knatternde Feuer der Maschinengewehre. Den Spartakusleuten gelang es aber nicht die richtigen Züge anzuführen. In Ordnung konnten die Kundgebungen zu Ende geführt werden. Erst mit dem Einbrechen der Dunkelheit fluteten die Massen aus der inneren Stadt zurück. Am Sonntag wird die Zentrumspartei eine ähnliche Kundgebung veranstalten. (Dieselbe ist jedoch inzwischen verboten worden.) Zu Schießereien war es vor allem in der Steinstraße, in der Graf-Adolf-Straße, am Ständehaus, auf dem Hindenburgwall und am Hauptbahnhof gekommen, dessen Eingang von etwa 100 Mann des Sicherheitsregiments besetzt war. Leider ist die Zahl der Opfer dieser Schießereien sehr groß. Wie am Mittwoch waren 7 Tote und 15 Verwundete festgestellt. Die meisten Opfer brachten die Zusammenstöße am Hauptbahnhof und auf dem Hindenburgwall, bei der Absperzung der Altstadt. Am Hauptbahnhof feuerten, als der Zug von der Graf-Adolf-Straße in die Bismarckstraße einbiegen wollte, die Spartakisten vom Sicherheitsregiment mit Maschinengewehren in die Menge. Auch auf ihren Kräftigen hatten die Spartakusleute Maschinengewehre untergebracht und gaben damit Schüsse ab. Am Abend hielten die Spartakusleute eine Versammlung im Saale des Zoologischen Gartens ab. Um ihre Anhänger auf den Plan zu rufen, verbreiteten sie das Gerücht, die Demokraten und Mehrheitsparteien wollten diese Versammlung sprengen. Der Abend verlief aber verhältnismäßig ruhig. Ein Teil der Spartakisten zog um Mitternacht durch die Stadt vor den Weidenbacher Hof. Dann aber wiegeln endlich führende Spartakisten ab, mahnten ihre Anhänger, Disziplin und Ruhe zu halten und nach Hause zu gehen. Die Zeitungsbetriebe hatten, um nächtlichen Überfällen von vornherein zu begegnen, ebenfalls jetzt Schluss gemacht. Die bürgerlichen Zeitungen erschienen deshalb heute Morgen nicht. Der Redakteur der freien Presse, des Blattes der Mehrheitsparteien, Gerlach, wurde auf Anordnung des Vollzugsausschusses verhaftet.

Das Mitglied des Vollzugsrats Schmidchen, dem die Stelle des für abgelehnten Oberbürgermeisters übertragen ist, verhandelte gestern mit den Beigeordneten. Diese erhoben Einspruch gegen die ungeliebte Absetzung des Oberbürgermeisters, erklärten sich aber mit Rücksicht auf die Bevölkerung, besonders auf die unschuldigen Frauen und Kinder, bereit, ihre Amtsgeschäfte weiterzuführen, um Hungersnot und sonstiges Elend von der Stadt fernzuhalten. Die städtischen Beamten, die zunächst von diesen Verhandlungen keine Kenntnis erhielt, hatte anfangs beschlossen, einmütig die Arbeit niederzulegen, erklärte sich aber später ebenfalls bereit, vorläufig den Dienst weiterzuführen, aus denselben Gründen wie die Beigeordneten. Die städtischen Beamten werden an den Vollzugsrat mit bestimmten Forderungen herantreten.

10. Jan. Der Vollzugsrat schickte die Arbeiterräte eine Kundgebung an die Einwohner Düsseldorf, in der es heißt: Der Arbeiter hat in seiner heutigen Sitzung zu der infolge der höheren Verwaltungsbeamten der Stadt Düsseldorf und der Düsseldorf Regierung geschaffenen Lage Stellung genommen und beschlossen, die Stellen der betreffenden Beamten durch neue Beamten zu ersetzen, damit der Gang der Verwaltungsgeschäfte keine Unterbrechung erleide. Zu diesem Zwecke wurde ein in Permanenz tagender Vollzugsrat gewählt, dem als gleichzeitiger Vorstand des Arbeiterrates die politische Gewalt in Düsseldorf übertragen worden ist. Die Stelle des Oberbürgermeisters wurde dem Vorstandsmitglied Karl Schmidchen übertragen. Den Posten des Polizeibürgermeisters übernahm der stellvertretende Polizeibürgermeister des ebenfalls verschwundenen Polizeibürgermeisters der Kompagnieführer des aufgelösten Sicherheitsregiments Wilhelm Schmitt die Geschäfte führt. Mit der Ernennung der Kontrolle im Regierungsrat wurde Gerhard Ebner beauftragt. Weiter heißt es, daß die gestern erfolgten Verhandlungen vorgenommen wurden, weil die Veranlasser bestimmte Gewissheiten zu haben glaubten, daß die ins besetzte Gebiet geschickten Spione der Behörden die Befestigung Düsseldorf durch die Entente veranlassen würden. Die verhafteten Bürger

sind, nachdem sich die erwarteten Befestigungen als nicht dringend erwiesen, wieder entlassen, das Sicherheitsregiment ist aufgelöst worden. — Der Verkehr auf den Düsseldorf Bahnhöfen nimmt heute wieder seinen normalen Verlauf. Der Vollzugsausschuß hat an den Eingängen Mannschaften postiert, die jedoch den Ein- und Ausgang nicht behindern. Die Studierenden der Kunstakademie haben einen Rat der Studierenden gebildet, zur Wahrung der künstlerischen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden.

Die Kämpfe am Hauptbahnhof.

Düsseldorf, 11. Jan. Gestern, am 10., machten die Spartakusleute in Düsseldorf vom Hauptbahnhof aus einen Generalüberfall auf den Demonstrationszug der Demokraten und Mehrheitsparteien. Eine Anzahl Tote und viele Verwundete blieben auf dem Platz. Der Bahnhofsvorsteher Vogel, der sich zum Dienst begeben wollte, ist durch Schußtod tödlich verletzt. Spartakus hält den ganzen Bahnhof seit Wochen besetzt. Das ganze Gebäude ist mit Maschinengewehren besetzt. Von hier aus und von dem hochliegenden Bahndamm, hinter Eisenbahnwagen hervor wurde in die wehrlose Menge geschossen und mit Handgranaten geworfen. Die Bande, die den Bahnhof besetzt hält, besteht jetzt aus mehreren hundert Mann unter einem Gärtnerei Klinkhammer.

Stilllegung des Eisenbahnbetriebes.

Düsseldorf, 11. Jan. Am Samstag haben die Eisenbahnbeamten beschlossen, solange die Schreckensherrschaft in Düsseldorf dauert, den Dienst einzustellen. Auf allen Bahnhöfen in Düsseldorf und nächster Umgebung ruht der Personen- und Güterverkehr.

Erklärung des Oberbürgermeisters.

23. Brüssel, 9. Jan. Reuter. Amtlich. Anlässlich der Unruhen in Düsseldorf haben sich die deutschen Beamten unter belgischem Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister von Düsseldorf haben die belgische Behörde ersucht, eingetragene. Die belgischen Behörden verfolgen die Ereignisse mit Aufmerksamkeit.

Düsseldorf, 12. Jan. Durch die Zeitungen geht ein Savas-Nachricht, wonach der Polizeipräsident (Weigand) und der Bürgermeister von Düsseldorf sich in der Schutz der belgischen Behörden gestellt und die Befestigung der Stadt Düsseldorf beantragt hätten. Diese Nachricht ist unrichtig. Ich habe das linksrheinische Stadtgebiet lediglich aufgesucht, um der mir durch die Spartakusgruppe drohenden Festnahme als Geisel zu entgehen, da im besetzten Gebiet Gewähr für die persönliche Freiheit noch gegeben ist. Dasselbe hat einen Tag später der Polizeipräsident getan. Es haben hierüber mit den belgischen Behörden keine Verhandlungen stattgefunden, noch ist bei diesen der Antrag auf Befestigung von Düsseldorf gestellt worden. Wichtig ist nur, daß die belgischen Behörden über die Revolutionsvorfälle im neutralen Gebiet Bericht verlangen, übrigens durch die Tageszeitungen über alle Einzelheiten genau unterrichtet werden.

Dr. Lehler, Oberbürgermeister.

Ausland.

Der Völkerverbund.

Paris, 9. Jan. Reuter. In maßgebenden amerikanischen Kreisen herrscht jetzt wenig Zweifel darüber, daß ein wirksamer Völkerverbund errichtet werden wird, da die Mehrheit der alliierten Mächte genähert übereinstimmt, um ihn zu sichern. Der Bund wird kein wertvoller Plan einiger Idealisten, sondern ein praktisches Werkzeug zur Aufrichtung des Friedens sein.

Der Exzar noch am Leben?

Kopenhagen, 10. Jan. Der Korrespondent der Morning Post dröhrt seinem Mante aus Archangelst, er habe von einem russischen Fürsten, der dort angekommen ist, erfahren, daß der Zar mit seiner Familie noch am Leben sei und in Rußland verborgen lebe. Der Völkerverbund, der den Zaren erschließen sollte, erklärte, wenn er nur die Leiche eines erschossenen Mannes vorzeigen könne, sei ihm gleichgültig, wer erschossen werde. Darauf habe sich ein Adjutant des Zaren für seinen Herrn, obgleich dieser energisch protestierte, geopfert. (Die Erzählung des russischen Fürsten klingt stark romantisch.)

Kleine Nachrichten.

Die Times erfährt aus New York, daß nach Roosevelts Tode General Pershing die meiste Aussicht auf republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahl im Jahre 1920 habe.

London, 9. Jan. Daily Telegraph meldet, daß von morgen ab wieder ein Kurier Dover-Galisch-Brindisi verkehren wird, wobei gegenüber dem gegenwärtigen Seeverkehr acht Stunden Zeit gewonnen werden. Der tägliche Post- und Passagierverkehr zwischen Dover und Ostende soll in nächster Zeit mit zwei Dampfern der belgischen Regierung wieder aufgenommen werden.

Aus der Wahlbewegung.

Die bürgerliche Phalanx, als einheitliche Schlachtfeld gegen die drohende Gefahr des Unsturzes ist leider trotz der mehrfachen Flammenszeichen, die heute nicht mehr nur in Berlin, sondern überall im Reich aufleuchtet, nicht zustande gekommen. Der linke Flügel des Liberalismus, der sich unter dem Titel Deutsche demokratische Partei birgt, hat sich nicht dazu verstanden, mit den übrigen Parteien wieder zusammen zu marschieren, aber schließlich doch durch das System der gebundenen Listen, vereint zu schlagen.

Es schon dies tief bedauerlich, so wird aber

die Art und Weise, wie die Deutsche demokratische Partei gerade hier in unserer Wahlkreis den Kampf zu den Nationalratswahlen führt, jedem Ernst der Zeit, allen Bedürfnissen eines echten deutschen Bürgerums Hohn.

In einem in der Freiheit, Nr. der „Neuer Zeitung“ veröffentlichten Wahlaufruf werden die einzelnen aufmerksamen Parteien kurz charakterisiert und dabei über das Zentrum, die christliche Volkspartei, u. a. gesagt: „Kann Politik machen links, kann Politik machen rechts, wie es kommt.“ Bei dieser Redeweise schon muß man unwillkürlich an gewisse Leute denken, die nun einmal ihr eigentümliches Naturell nicht verleugnen können. Allerdings, das Zentrum hat sich nie nach rechts noch nach links gebunden, es ist seinen geraden, für recht erkannten Weg geradeaus gegangen und hat dabei bald hier bald dort Unterstützung gefunden. Dafür ist die Partei der Mitte, der ausgleichenden Größe, die die christlichen Parteien spielt, nicht aber dann aus, indem man die „alten Reichsfeinde“ Bismarck ausgräbt. Als ob nicht schon Bismarck diesen Irrtum selbst bereut und eingestanden hätte. Wäre es der Reichs- und Volksfreund, der das Zentrum gewesen, fürwahr, es stünde um unser Vaterland besser als heute. Von den Leuten, die unter dem Banner der Deutschen demokratischen Partei marschieren, brauchen wir uns wirklich zu allererst ein Zeugnis der Reife ausstellen zu lassen, das beweist, daß die große Vergangenheit des Zentrums, die seine anderen Mithraslinien gekannt als das Wohl des Vaterlandes unter der Hut hoher, das Volk erbeugend Jodler. Das beunruhigt schließlich auch diejenigen, die sich heute zum „Ja hnen ich“ in der Republik Rheinland“ machen. Sie tun es, um das Reich aus dem von Berlin ausgehenden Ansturm des Landes zu retten und das sie damit auf dem rechten Wege sind, beweisen viele Tausende, ja alle einsichtigen Kreise, die sich ohne Unterschied der Partei in den Dienst dieser das Vaterland errettenden Bewegung stellen.

Muß man solche Dinge mit den Haaren herbeiziehen, so verdammt man die eigene wahre Armut und da versteht man es, daß man für die allgemeinen einigenden bürgerlichen Erfordernisse auch auf dieser Seite sein Verständnis hat.

Das christliche Volk wird sich von solch trügerischen Argumenten nicht beirren lassen; es weiß, was es will, ein auf christlicher Grundlage aufgebautes Vaterland mit Ehrgeiz, Religion, Schule, Jugend und Gerechtigkeit.

Darum gibt es am 19. Januar nur dem Zentrum, der christlichen Volkspartei, seine Stimme!

Die Zentrumspartei, christliche Volkspartei (Stadt- und Landkreis), hatte auf gelsten nachmittags zu einer letzten großen Versammlung ihre getreue Anhänger versammelt. Eine gewaltige Menschenmenge füllte die Säle der Bürgergesellschaft. Der ganze Ernst der Stunde und die unabsehbare Verantwortung der nächsten Tage lag in allen Reden zu ergreifendem Ausdruck. Der Vorsitzende, Herr Jakob Kallen, teilte nach herzlichsten Begrüßungsworten mit, daß mit der Deutschen nationalen Partei und der Deutschen Volkspartei ein Abkommen getroffen worden ist, das lautet:

„Die unterzeichneten Vertrauensmänner der Zentrumspartei, der deutschen Volkspartei und der deutschen nationalen Partei erklären, daß sie im Auftrag ihrer Parteien die Wahlvorschlüsse vorgeschlagenen Parteien für die Nationalratswahl am 19. Januar im Verhältniswahlkreis 23 (Düsseldorf 2) miteinander verbinden, mit der Maßgabe, daß eine Unterbindung in den Listen dieser Parteien nicht stattfinden darf, § 16 Absatz 1 der Wahlordnung.“

Der Kampf gegen den Unsturz wird also von diesen drei Parteien in unserem Wahlkreis gemeinsam geführt werden.

In einstündiger Rede zeichnete Herr Geheimrat Dr. Am Zehnhoß ein ungeschminktes Bild der tiefsten Lage, in die das deutsche Volk durch den Verlust des Krieges und die Begleiterscheinungen geraten ist. Als ich zuletzt hier vor meinen Wählern gesprochen, war die 16. Jahrbunderterei des Mailänder Erbes, das der christlichen Religion volle Religionsfreiheit brachte, und jetzt haben wir den Erlass des Kaisers, der die christliche Religion als „religiöse Religion“ aus dem Herzen der Jugend reißen will. Damals galt es, die Bedenken gegen den Wehrdienst auszuräumen, heute stehen wir vor einer Kriegssklaverei von 200 Milliarden, ein Betrag, der in 20 Milliarden fälschlicherweise eine Linie um den Nequator ziehen konnte. Der große Krieg ist verloren gegangen, wie nie ein Krieg verloren gegangen ist. Die Dynastien sind im Sturz der Revolutionen ohne Widerstand verfallen. Er habe bisher während des Krieges in seinem Wahlkreis nicht gesprochen, weil er keine Meinung habe für sich behalten müssen. Die Mitteilung Wetmann-Holweg, daß wir in Belgien einmarschiert seien, habe nicht seinen Beifall gefunden und als England den Krieg erklärte, war ihm der Abfall Italiens und der schlimme Ausgang des Krieges klar. Schließlich kam auch noch der verschärfte U-Bootkrieg dazu, der gegen das Völkerverbündnis, mit unzulänglichen Mitteln unternommen wurde und auch noch Amerika uns auf den Hals brachte. Jetzt stehen wir ganz allein in der Welt. Welche Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens uns auferlegt werden, das wissen wir nicht, ebenso nicht, ob Wilson noch etwas für das deutsche Volk tun kann. Aus all diesem Wirrwarr soll uns die Nationalversammlung herausheilen. Ihre Aufgaben sind ungeheuer. Sie soll den Frieden unterzeichnen, sie soll dem deutschen Volk eine Verfassung geben, sie soll entscheiden, ob ein Einheits- oder Bundesstaat zu Stande kommt. Die Frage, ob Einheits- oder Bundesstaat, verbietet eine sorgsame Prüfung. Der Einheitsstaat habe den Vorzug, daß die Regierung sich eine Milliarde billiger stellen werde, wogegen die Förderung der Kultur zweifellos im Bundesstaat größer sein wird. Der Vorschlag zur Gründung einer Rheinisch-Westfälischen Republik in Köln hatte in dieser Form Bedenken, er hätte von allen Parteien ausgenommen und dürfte auch nicht aber Westfalen

ohne Zweifel aber nicht dringend erwiesen, wieder entlassen, das Sicherheitsregiment ist aufgelöst worden. — Der Verkehr auf den Düsseldorf Bahnhöfen nimmt heute wieder seinen normalen Verlauf. Der Vollzugsausschuß hat an den Eingängen Mannschaften postiert, die jedoch den Ein- und Ausgang nicht behindern. Die Studierenden der Kunstakademie haben einen Rat der Studierenden gebildet, zur Wahrung der künstlerischen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden.

Deutsche Demo-
kratie hier in unferent
Nationalratswahlen
den Bedürfnissen eines
geriums Dohn.
Mr. der Neuffer
werden die ein-
keiten kurz charakteri-
stisch, die christliche
Politik machen
dieser Rede weise
an gewisse Leute
entworfenes Natur
Herrings, das Gen-
recht erkennen Weg
dabei bald hier bald
für ist es die Par-
gleichenden Ge-
leiten Trumpf spielt
an man die „allen
ausgräbt. Als ob
Jertum selbst bereut
Jeder reichliche
das Zentrum gewe-
nster Vaterland besser
ist unter dem Banner
Partei marschieren,
allerlei ein Zeugnis
lassen, das beweist
des Zentrums, die
mit als das Wohl des
über, das Volk erhe-
schließen schließlich auch
„Sahne schwin-
land“ machen
dem von Berlin aus-
zu retten und das
find, beweisen viele
Kreise, die sich ohne
Dienst dieser das Ba-
stellen.
den Parteien herbei-
wahrer Armut und
für die allgemeinen
fordernisse auch auf
hat.
sich von solch tran-
lassen; es weis-
licher Grund-
Vaterland mit
ule, Jugend und
nur dem Zen-
Volksparlei,
heißliche Volksparlei
auf getrenn nach-
großen Heerschau
ebenen. Eine gewal-
Säle der Bürgerge-
der Stunde und die
der nächsten Tage
reizendem Ausdruck
vor Kallen, teilte
orten mit, daß mit
i Partei und der
i ein Abkommen
ter.
ertragsmänner der
nen Volksparlei und
spartei erklären, daß
teien die Wahlvor-
nen für die National-
rathswahlen 23
verbinden, mit der
verbindungen in den
den stattfinden darf-
ung.
ung wird also von
dem Wahlkreise ge-
hete Herr Geheim-
ein ungeschmücktes
in die das deutsche
Krieges und die Be-
Als ich zuletzt hier
war, die 16. Jahr-
Edikts, das der
ligionsfreiheit beachte,
des Kultusmini-
he christliche Religion
reihen will. Damals
nen Verleumdung aus-
der einen Kriegsschuld
ag, der in 20. März-
linie um den Nequa-
Krieg ist verloren
verloren negationen
ist. der Revolutionen
eise bisher während
für sich behalten
mann-Hollwegs, daß
feien, habe nicht in
England den Krieg
als Italiens und der
als klar. Schließlich
il-Booskrieg dazu,
stieß, mit unzuläng-
wurde und auch noch
chte. Jetzt stehen wir
die Bedingungen des
jedens uns auferlegt
st, ebenso nicht, ob
utsche Volk tun kann.
ll uns die National-
hre Aufgabe
oll den Frieden un-
nen Volk eine Verfa-
es ein Einheits-
kommt. Die Frage,
el, verdiene eine sorg-
facht habe den Vor-
eine Milliarde billiger
bederung der Kultur
öfer sein wird. Der
heinein-Westfälis-
in dieser Form Be-
Parteien aufgehen
ist über Westfalen

ohne weiteres verfügen, verdient im übrigen
aber nicht den Vorwurf der Treulosigkeit, sondern
wollte unser Rheinland gerade Deutschland erhalten.
Wenn die Nationalversammlung sich als
gesetzgebende Versammlung konstituiert, dann hat
sie auch über Trennung von Staat und
Kirche zu beschließen. Sie hat eine Wahl von
solcher Wichtigkeit festzustellen. Neu ist das
aktive und passive Wahlrecht für unsere Frauen
und Mädchen. Ich begrüße es mit besonderer
Freude, weil ich in meinem langen Leben gefun-
den habe, daß die Frauen mindestens so klug sind,
wie die Männer, oft noch klüger. Weisheit und
Feierlichkeit. Es habe niemals einen großen Mann
gegeben, der eine kluge Mutter hatte, und unter
den deutschen Männern des Mittelalters seien
mehr kluge Regenten zu nennen, als
unter den deutschen Königen. Daß die
Frauenwelt bei den Nationalrats-Wahlen
den Ausschlag geben wird, könnte uns also in
etwa beruhigen. Eins hat mich in diesen trau-
rigen Zeiten gefreut, daß man am Rhein wieder
mehr Selbstbewußtsein bekommen hat. Es hat
mich nicht meiner ersten Tätigkeit im Osten im-
mer mit Schmerz erfüllt, wenn ich gesehen habe, mit
welcher Lieberhebung man dort immer auf dem
Westen, speziell auf die Rheinländer, herabgesehen
hat, als man wir gewissermaßen Bürger zweiter
Klasse seien während doch hier schon Stätten alter
Kultur waren, als der Osten noch gar nicht deutsch
war. Der französische Stamm, der die Rheinpro-
vinz bevölkert, ist ein königlicher Stamm und ver-
dient die Stellung, die Israel unter den Stämmen
spielte. Von diesem Stamm kann der Osten nicht
lernen, nicht umgekehrt. (Stürmischer Beifall.)
Zum Lebensmut liegt für den Osten keine Veran-
lassung vor. Die Rheinländer haben sich auf
sich selbst besonnen, auch ich habe die Zuversicht,
das wird auch Früchte tragen, für uns und für das
ganze deutsche Vaterland. (Stürmischer Beifall.)
Herr Schriftleiter J. o. s., der sich um die Sache
der katholischen Arbeitervereine und der christ-
lichen Gewerkschaftsbewegung so große Ver-
dienste erworben hat, stellte sich als einen der Kan-
didaten für die deutschen Nationalratswahlen vor.
Heute wählt man aber weniger die Kandidaten,
als das Programm. Die Ereignisse jenseits des
Rheins trampen uns das Herz zusammen, ein
zutes Stück deutscher Würde geht damit verloren.
Wer in den vier Kriegsjahren nicht mitgelitten
hat, der ist Schuld mit am Zusammenbruch. Aber
die Schuld, die größte Schuld an unseren jetzigen
schreckensvollen Zuständen trägt die Sozialdemo-
kratie, die alle Brücken mit Gift vergiftet hat.
Die Radikalfallen unter den Radikalen haben nun
die Herrschaft an sich gerissen und wollen nun den
Ausbau der von ihnen selbst ins Leben gerufenen
Republik zu einem Ordnungszustand unter allen Um-
ständen verhindern. Das erschütterte National-
bewußtsein soll ganz vernichtet werden. Dagegen
müssen wir uns mit Entschiedenheit wehren. Wir
wollen auf den Trümmern des alten Deutschland
einen neuen Staat schaffen, der 65 Millionen Men-
schen, wenn Deutsch-Österreich zu uns kommt,
mit 80 Millionen. Wir wollen dem Völkerver-
band beitreten, aber unter Selbstbestimmung und
haben. Der deutsche Volkswille versucht nun mit
Gewalttätigkeit, diese Neuordnung nicht zustande
kommen zu lassen. Er will, was die meisten Füh-
rer der Sozialdemokratie selbst verwerfen, in einem
Augenblick das Niederbrechen in Deutschland sein
sozialistisches Ziel gewaltsam durchzuführen. Was
alle anderen reichen Länder noch nicht versucht
haben, soll das arme Deutschland durchmachen.
Wie sagen demgegenüber: Eine bürgerliche Er-
neuerung muß es geben, wo Weber und Nehmer sind.
Heute will jeder von den Sozialdemokraten aber
nur Nehmer sein, das ist ein Unbding, das führt
zum schrecklichsten Zusammenbruch, unter dem
keine Mann am meisten zu leiden haben würde.
Die Sozialdemokratie hat eben keinerlei Achtung
vor der Lieberzeugung eines anderen, weder in
wirtschaftlichen noch in religiösen Fragen. Sie will
die Trennung von Kirche und Staat, sie will
Schule und Religion trennen, ja, wenn die Ver-
treter der jetzigen Kultusminister Baumbach und
Hoffmann, Herr Dr. Dunkel, zur Geltung kommt,
eine gottlose Zwangsschule einführen. (Hört,
hört!) Ich kann als Ergebnis meiner 25jährigen
Erfahrung sagen: Kein Sozialdemokrat ist reli-
giös, kann religiös sein! Der 19. Januar ist
für das deutsche Volk ein schicksal-
schwerer Tag! Zeigen Sie alle durch ihre
Stimmabgabe, daß Sie gewillt sind, eine National-
versammlung zu schaffen, die das deutsche Volk
wieder gesund machen will, die Recht und Or-
nung im Staat schaffen will. Wie in Baden, so
muß auch im deutschen Reich die bürgerliche Or-
nung liegen gegen den verhängnisvollen Umsturz,
gegen den Volkswille! (Beifall.)
Der Vorstehende verband mit dem Danke an
den Redner die dringende Bitte, am 19. Januar
dafür zu sorgen, daß derselbe ein Tag des Erfol-
ges für die Ideale der christlichen Volksparlei
sein werde. Die nächsten Tage werden eifriger
Aktionarbeit sein. Man dürfe nicht verzagen
an der Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes,
mögen die materiellen Sorgen noch so groß sein,
aber diesen Sorgen läßt sich doch so viel tun.
Daraus müsse man Vertrauen und Kraft schöpfen,
damit wir im Zeichen des Kreuzes
stehen! (Stürmischer Beifall.)
Der 3. Bezirk (Dreikönigen) der Zentrumspartei
hatte gestern um 12 Uhr eine von 4- bis 500
Personen besuchte Versammlung im Saale des
Stadtgartenrestaurants veranstaltet, die von dem
Bezirksvorsitzer Herrn Bäcker geleitet wurde.
Die Redner, Herr Schriftleiter J. o. s. der über die
politische Lage sprach, und Herr Gewerkschafts-
sekretär Sassenreuter, der die Bedeutung
der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vor
Augen führte, fanden großen Beifall.
Der 4. Bezirk (Frauen-Schulungssturm) der
Zentrumspartei, heute Montag und Mittwoch
nachmittag 5 Uhr finden im roten Saale der Wä-
gergesellschaft die letzten Zusammenkünfte statt. Es
werden Vorträge gehalten über „Die neuen poli-
tischen Parteien“ und den „Völkerverbund“.

Stadtnachrichten.

Neuß, 13. Januar.

Nach einer Mitteilung des Herrn Stadtkommandanten ist die Verfügung der Berliner Regierung, die ab 1. Januar die Einführung des Achtstunden- Arbeitstages unter Androhung strenger Maßregeln bestimmt, im An- tonement Neuß-Stadt nicht obligatorisch.
Das Verbot der freiwilligen Feuerwehren. Der Stadtkommandant hat die Freiwilligen Feuerwehren Neuß, Steigerstraße 27, und zwar für die Anfangsbuch- staben 2-3.
Wegelagerer in Gestalt einiger halbwüchs- ligen Jungen von 15-16 Jahren haben am Sam- stagabend zwischen 5 und 16 Uhr einen elfjährigen Jungen bei der Einmündung der Grünstraße in die Kanalstraße angehalten, ihm aus seinem Korb die darin befindlichen Lebensmittel geraubt und sind dann mit ihrer Beute davongegangen. Wieder ein Beweis für die fittliche Verwilderung eines Teiles unserer Jugend und eine Warnung für die Eltern, ihre Kinder bei Dunkelheit nicht zum Ein- kauf zu schicken.
Ein Brand entstand Samstagabend in einer im 1. Stockwerk gelegenen Schultafel der Fortbil- dungsschule. Derselbe konnte von der Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden, ehe er auf wei- tere Räume übergiff.

Provinznachrichten.

Oberasselt, 10. Jan. Auf Anordnung des Ortskommandanten gibt der Oberbürgermeister folgendes bekannt: Aufzählung eines vom Bürgermei- ster Knopp zu Düsseldorf-Oberasselt eingerichteten Antrags wird mitgeteilt, daß der Handel zwischen Belgien und dem besetzten Gebiet Rheinlands ver- boten ist. Erlaubt ist er indes von Holland aus nach diesen Gebieten, dagegen vom Rheinland nach Holland unterbott.
Düsseldorf, 12. Jan. Seit gestern nachmittag ist die gesamte Postbeamtenschaft von Düsseldorf in den Ausstand getreten. Infolgedessen ruhen von dieser Stunde an der gesamte Post-, Telegra- phen- und Fernsprechverkehr.
Düsseldorf, 9. Jan. Als Baufostenzuschüsse zu Kleinwohnungen sollen von der nächsten Stadtver- ordneten-Versammlung drei Millionen Mark be- willigt werden. Der Antrag verfolgt die Absicht, Arbeit zu beschaffen und dafür zu sorgen, daß den Gewerkschaften Beschäftigung gegeben werden kann. Die Beiträge, betreffend die Baufostenzuschüsse, nimmt Bezug auf die bekannten Bestimmungen des Bundesrats über die Gewährung von Baufost- zuschüssen aus Reichsmitteln. Die Verordnung des Bundesrats will die Lieberzeugung durch Ban- ker, Postämter, Baufostenzuschüsse, an denen das Reich mit der Hälfte, die Bundesstaaten und die Gemeinden mit je einem Viertel beteiligt sind. Zu Beiträgen zu dem Aufbringen der Gemeinden sind Arbeiterge- ber, deren Arbeiter und Angestellte die zu erich- tenden Wohnungen nach ihrer Lage vorzuschießen zu benutzen werden. Im Wege freier Vereinbarung zu beschließen. Nicht berücksichtigt sind in der Ver- ordnung des Bundesrats diejenigen Bauten, welche vor dem 1. Juli 1918 begonnen sind.
Köln, 12. Jan. Wie die städtische Verwal- tung mitteilt, sind in der Sitzung des preussischen Staatsministeriums vom 4. Januar d. J. folgende Beschlüsse gefaßt worden:
1. Die preussische Regierung genehmigt den Plan der Stadt Köln, ihre wissenschaftlichen Anstalten zu einer neuartigen Universität auszubauen.
2. Dabei wird nach Frankfurt Muster die Lieber- führung in eine Staatsanstalt unerlässlich sein.
3. Die Handels-Hochschule Köln wird alsbald in eine vorläufige isolierte wirtschafts- und sozial- wissenschaftliche Fakultät umgewandelt und als solche das Proklamationsrecht erhalten.
4. In Erwartung der weiteren Entwicklung der Dinge soll sofort bei der Reichsregierung bean- tragt werden, daß der Kölner Akademie für praktische Medizin schon jetzt Semesteranre- chung für klinische Semester zugesprochen wird.
Euskirchen, 8. Jan. Aus der französischen Gefangenschaft sind dieser Tage bei der Witwe J. Schild zwei Nachrichten vom 20. Oktober und 15. November eingetroffen. Wonach ihr Sohn Tom sein bestes Wohlbefinden meldet. Die freu- dige Lieberhaltung war umso größer, als an dem Tode des Sohnes nicht mehr gemeißelt werden konnte, nachdem die Kampagne beendigt hatte. daß er am 18. August in Frankreich von einem Vortreiber getötet worden sei und daß sein eigen- er Bruder auf Grund eines Erkennungszeichens, das ihm freilich, wie die Tatsache lehrt, getrogen hat, ihn im Felde begraben hat. Der Briefschrei- ber nennt zudem noch zwei Euskirchner Kamerad- en, sowie je einen Kameraden aus Eistig, Ge- münd und Köln, die ebenfalls bereits totgefaßt waren und die noch am Leben sind.
Koblenz, 12. Jan. Gestern abend ist der Ober- bürgermeister der Stadt Koblenz, Bernhard Glo- ferman, nach längerer Krankheit im Alter von 45 Jahren gestorben. Der Verstorbene war Mitglied des ehemaligen preussischen Herrenhauses.

Vermischtes.

Neuß, 13. Jan. In den städtischen Weinort Neuß, der in der Gegend, der zugleich die Zentrale für den städtischen Weinhandel ist, hat

die französische Heeresleitung in den Westnachrichten die „Formation Eimolle“ gelöst, die dem Straßenbild einen vollkommen internationalen Charakter verleiht und sie gleichzeitig zu einer in- teressanten Völkermengerie macht. Neben weiße Franzosen bewegen sich schwarze Hilfskämpfer der Entente, französische Kolonialtruppen, Senegal- Negers, Marokkaner, Tunesier, Eingeborene vom Sudan, aus Dahome sowie aus Algerien und Fran- zösisch-Guinea. Ferner sieht man Italiener, hin- und wieder auch einen englischen Offizier, gese- nstlich amerikanische Sanitätsautos und auf der Bahn oder im Auto vereinzelt auch Belgier. Das meiste Interesse bringt man den Siamesen entgegen, den Eingeborenen aus Französisch-Indochina. Ihre asiatische Abstammung sieht man ihnen auf den ersten Blick an. Ja, man hielt sie vereinzelt sogar für Japaner, als sie am Sonntag vormittag hier anlangen. Sie bilden einen Stamm der großen mongolischen Völkerrasse. Doch verraten sie in ihrem flachen, edigen Gesicht und in ihrer hohen Schädelform malaisische Blutmischung. Die „Formation Eimolle“, die zum größten Teil noch hier einquartiert ist, weiß schon längere Zeit in Euro- pa und land meistenteils in der Gasse Verwen- dung. Sie wurden in ihrem Heimatland Saigon mit noch anderen Truppenteilen eingeschickt und nahmen auf ihrer Fahrt nach Europa den Weg durch die Straße von Singapur zwischen Hinter- indisch-Malaka und Sumatra, um die Südpole von Ceylon herum nach Indien, von wo aus sie durch das Rote Meer und den Suezkanal ins Mit- telmeer gelangten und von Port Said aus dann direkt nach Marokko geleitet wurden. Von dort aus wurden sie nach dem Kriegsausbruch be- schlossen mit den anderen französischen Besatzungs- truppen durch Ostbrunnen kommend, die Pfalz er- reichten. Mehrere von ihnen sprechen etwas Deutsch, viele Französisch und eine große Zahl auch Englisch. Den europäischen Einrichtungen, vor- allem auch der Pfalz, bringen sie großes Interesse entgegen. Nur befragt ihnen das europäische Klima nicht. Wie die afrikanischen Koloni- altruppen wünschen auch sie sich bald wieder wär- meres Wetter und ihre Heimat herbei. Jedenfalls graut es ihnen vor dem Winter.

Neueste Nachrichten.

Vereinbarungen im rheinisch- westfälischen Bergbau.

Böckum, 10. Jan. Zwischen dem Berge- werksverbande und den Vertretern der Bergarbeiterorgani- sationen ist heute unter der Voraussetzung, daß reichs- oder staatsseitig dem Bergeverband vor- geschlagen am 1. und 15. Februar ein Vertrag von je fünfzehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird, der in den Monaten März, April und Mai mit mehr als einem Drittel zurückzahlen ist, die je- tzt gültigen Kosten-, Kots- und Brilletpreise in den vorgezeichneten Monaten nicht durch staatliche Eingriffe herabgesetzt werden, folgende Verein- barung getroffen: Auf den Jeden, auf denen das Be- zugsgebiet nicht im Dezember oder Januar eine außerordentliche Zuzahlung unter irgend einem Namen wie Weihnachtsgeld, Streifenentschädigung, Unterstufung, Zuzahlungszugabe usw. gezahlt ist, wie auf den Jochen Säger-Deund, Deutlicher Kai- ser, Westende, Neumühl, Konfordia, Altkaden und den Jochen der Gutehoffnungshütte und der Kreb- bergischen Aktiengesellschaft, sollen an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die mindestens seit dem 1. De- zember 1918 zur Belegschaft gehören, folgende Zu- wendungen gezahlt werden: für jeden verheirateten männlichen Arbeiter 120 Mk. für jeden unverheir- ateten und am 1. Dezember 1918 über 16 Jahre al- ten Arbeiter und für jede Arbeiterin 60 Mk. für jeden Arbeiter unter 16 Jahren 30 Mk. Unverheiratete, die einzige Familienmitglieder sind, werden den Ver- heirateten gleichgestellt.
Aus dem Belegschafts- und zurückgezahlte frühere Be- legschaftsmitglieder erhalten die Zuzahlung auch, wenn sie erst nach dem 1. Dezember 1918 wieder in die Belegschaft eingetreten sind. Die Zuzwendungen werden nur an diejenigen Belegschaftsmitglieder gezahlt, die von jetzt ab bis zur Zahlung der Zu- wendung die Bergarbeitern ununterbrochen (das heißt ohne Ausstand) fortgesetzt und sich unter Abstan- dung von sonstigen Forderungen rückhaltlos auf den Boden der zwischen den Arbeitgeber- und Ar- beitervereinigungen getroffenen Vereinbarung stellen. Die Auszahlung der Zuzwendungen fin- det in zwei Raten und zwar je zur Hälfte gelegent- lich der Abklopp- und Hauptlohnzahlung im Mo- nat Februar statt. Außerdem ist zu bemerken, daß einzelne Jochen nicht in der Lage sind, den staat- lichen Vorstoß in Anspruch zu nehmen, weil ihre finanziellen Verhältnisse ihnen die Rückzahlung unmöglich machen. Diesen Jochen muß vorbehal- ten bleiben, insbesondere anderweitige Vereinbarun- gen mit ihren Belegschaften zu treffen.

Essen, 11. Jan. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat heute zunächst noch einen größe- ren Umfang angenommen. Die Gesamtzahl der ausständischen Bergleute stellt sich auf rund 36 000.

Vorarbeit für die Sozialisierung

Essen, 11. Jan. Der Arbeiter- und Soldaten- rat, in dem die Mehrheit sozialistischer, unabhängiger und Kommunisten zusammenarbeiten, beschloß ein- stimmig die Belegung des Kohlenhändlers und des Bergbauvereins mit einer Kontrollkommission. Er betrachtet diese Maßnahme als Vorarbeit für die Sozialisierung der Bergwerke. Er hält die sofortige Kontrolle der Bergwerksindustrie für un- bedingt notwendig zur Verhütung der Bergarbeit- erschaft, da keine Aussicht besteht, Ruhe im In- dustriegebiet zu bekommen, wenn nicht die Organe der Arbeiterchaft den Arbeitern selbst Klarheit geben wollen über die wirkliche Lage der Industrie. Eine Konferenz des Rats des Industriegebietes unter Anführung der Gewerkschaftsvorstände wird sich am Montag mit der Frage der Sozialisierung der Bergwerke beschäftigen.

Die Erstürmung des „Vorwärts“.

Berlin, 11. Jan. Ueber die Räderoberung des Vorwärtsgebäudes wird noch weiter gemeldet, daß die Artillerie um 8 Uhr in Tätigkeit trat. Auch Flammenwerfer griffen mit großem Erfolge ein. Die Spartakisten waren gezwungen, das zum Teil brennende Gebäude mit hochgehobenen Händen zu verlassen. Sie haben schwere blutige Verluste er- litten. 300 wurden gefangen genommen, darunter angeblich 20 Russen. Die Regierungs- truppen haben fünf Tote und acht Verwundete zu beklagen. Die Spartakisten 40 Tote. Auch die Druderei Varenstein ist genommen. Spandau ist von Regierungstruppen vollständig umstellt, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Re- gierungstruppen nach den gestrigen großen Erfol- gen in den nächsten Stunden es in der Hand haben werden.

Verhaftung der Spartakisten- Hauptlinge.

Berlin, 11. Jan. Als Ledebour nachts 12 Uhr nach seiner Wohnung ging, wurde er un- terwegs verschiedene Male von Militär angehalten. Um 1 Uhr wurde geklopft. Auf die Frage seiner Frau wurde geantwortet, Ernst Meyer wünsche ihn dringend zu sprechen. Als die Tür geöffnet wurde, drangen Offiziere und Soldaten ein und erklärten Ledebour für verhaftet. — Liebknecht, der zu Anfang der Woche die Straße beherrschte, ist gänzlich verstimmt. Seine Familie hat er in die Schweiz geschickt; er selbst hält sich versteckt, da es ernst wird; die von ihm Verführten aber zahlen seine Schuld un- ter den Augen der Regierungstruppen.

Bei der Erstürmung des Vorwärts ist u. a. der bekannte sozialistische Katalator Leui von den Re- gierungstruppen gefangen genommen worden.

Berlin, 11. Jan. Das heute mittag in Ber- lin verbreitete Gerücht, daß Rosa Luxemburg verhaftet sei, bestätigt sich nicht.

Der Ruf nach neuen Männern.

Berlin, 11. Jan. Die Erstürmung für eine Einigung beider Richtungen in Berlin scheint an Boden zu gewinnen. Das Ziel der Bewegung geht dahin, über die Köpfe der jetz- igen Führer hinweg einen Zusammenschluß der Massen herbeizuführen und an Stelle der Persön- lichkeiten, die angeblich in der Regierung sitzen, neue Männer zu setzen. Es besteht durchaus Grund zur Annahme, daß sowohl Ebert wie Scheidemann dem Druck dieser Bewegung sich nicht werden entziehen können, und es ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß noch vor den Wä- len zur Nationalversammlung ein Personenwechsel in der Regierung eintritt.

Staatsstreik in Luxemburg.

Saag, 12. Jan. Der Verzicht der Dynastie auf den luxemburgischen Thron wurde, wie aus Brüssel gemeldet wird, am 9. Januar in der luge- burgischen Kammer beschloßen. Der Führer der liberalen Partei, hatte bei Beginn der Kom- missionierung eine Entschädigung eingereicht, in der darauf hingewiesen wird, daß wegen des Wä- derstandes der Dynastie der Regierung eine Annäh- rung Luxemburgs an den Verband unmöglich ist u- daß daher der Verzicht der Dynastie erfolgen müsse. Der Führer der sozialistischen Partei hatte sich die- ser Entschädigung angeschlossen. Die Parteien der Rechten erhoben Einspruch. Die sozialistischen Ab- geordneten, die sonst mit der Rechten stimmten, ver- hielten sich ruhig. Als die Juchrer auf den Tribu- nen lärmten, ließ der Vorsitzende den Sitzungssaal räumen. Die Vinspartei blieb weiter in der Ver- sammlung. Bei der Abstimmung wurden 30 Stimmen für die Entschädigung abgegeben, wo- nach die Dynastie verzichtete sollte. Von diesen 30 wählten aber nur 16 die Republik, die 14 anderen stimmten gegen eine solche. Es werde ein Ausschuss für die öffentliche Ordnung ernannt, der aus vier so- zialistischen und vier liberalen Abgeordneten be- steht. Die Großherzogin weiß noch immer in Lu- xemburg. Man erwartet, daß heute und morgen starke Kundgebungen der Katholiken zugunsten der Großherzogin veranstaltet werden.

Kleine Nachrichten.

In Berlin tagt zurzeit der Vorstand des Städtebundes, um gegen die Vergewaltigung der Stadteingemeinden in der Lebensmittel-, Kots- und Wohnungsversorgung zu protestieren; die Erstat- tung von Revolutionschäden lehnen die Städte ab.

Feldmarschall v. Hindenburg ist in den letzten Tagen nicht in Berlin gewesen und wird Wilhelmshöhe auch vor Ablauf dieses Monats nicht verlassen.

Die Agenzia Italia behauptet, die Folge des Besuchs Wilsons beim Papst sei die Errichtung einer eigenen Vertretung der Vereinigten Staaten beim Vatikan, wie sie zur Zeit des Papstes Pius IX. bestanden habe.

Holländisch Neuwis Bureau meldet aus Wa- shington: Es ergibt sich, daß von einer Oesent- lichkeit der Friedenskonferenz nicht die Rede sein kann. Es werden höchstens die Beschlüsse, die die Konferenz fassen wird, unter Eingufügung der Gründe bekanntgegeben werden.

Humoristisches.

Schwedischer Humor. Ein alter Loge- dieh, dem der Strahlenbettel zu mühselig geworden ist, verschafft sich einen Bettelbrief, was, wie er angeblich gehört hat, ein besonders lohnendes Ge- schäft sein soll. Er geht in ein Kontor und über- reicht seinen Brief mit einem hübschen „Guten Tag! Die Kaffeezeit! Aber hier steht ja, daß der Vorzeiger stumm ist, und Sie sagten „Guten Tag! Der Bettler raunt, läßt sich aber schnell und sagt in überzeugendem Ton: „Ja, das ist aber das einzige Wort, das ich sprechen kann, lieber Gräulein!“

Hof. A. H. & Co., Gut Vinkenpäh.
 Kassel, Luegallee 81. Hof u. Stat. Stommeln.

Der Bürgermeister: Grooten.

Heide Jochen-Allee, Buchbergstr. 26, 2. Etage,

101: Eschinger, 100: Eschinger gute Belohnung,
Bons am Rhein. Hoch, Gumbrecht. 14

1